

# „Wir müssen Druck machen“

## Vermögenssteuer: „Bündnis sozial gerechte Stadt“ plant Antrag an den Rat

Von Sebastian Schmidt

**LÜDENSCHIED** ■ Der Gedanke der gesellschaftlichen Umverteilung von Reichtum soll sich auch in Lüdenscheid und Umgebung ausbreiten. Das war jetzt die Stoßrichtung beim jüngsten Treffen des „Bündnisses sozial gerechte Stadt Lüdenscheid.“

Zwei Schwerpunkte prägen dabei die Versammlung: der Vortrag von Horst Löwenberg, Geschäftsführer des „Paritätischen“, und ein geplanter Antrag an den Rat. Bei dem geht es um eine Vermögenssteuer.

Zu den Hintergründen: Dass Vermögensverteilung und

Einkommen in Deutschland weit auseinanderdriften, gilt als unstrittig. Dazu nur ein Zahlenbeispiel: Zehn Prozent der Bevölkerung im Lande verfügen über 66 Prozent des gesamten Nettoprivatvermögens, während für 50 Prozent der Bürger nur ein Stück von 1,4 Prozent vom Kuchen bleibt. Millionen müssen sich inzwischen mit Niedriglöhnen begnügen.

Angesichts dieser Entwicklung hat sich 2012 bundesweit das Aktionsbündnis „Umfairteilen“ gegründet. Getragen wird es etwa von Gewerkschaften, Sozialverbänden und globalisierungskritischen Organisationen.

Der Name ist dabei Programm. Gefordert wird eine Umverteilung von oben nach unten. Konkretes Ziel ist die Einführung von Vermögensabgaben und einer Reichensteuer.

Vor Ort findet die Initiative ihren Ausdruck in dem unlängst formierten „Bündnis sozial gerechte Stadt Lüdenscheid.“ Auch hier sind Gewerkschaften und Sozialverbände die Vorreiter.

Vor rund 25 Abgesandten dieser Organisationen informierte Horst Löwenberg vom „Paritätischen“ nun mit einem umfangreichen Zahlenwerk über finanzielle Ungleichheit in Deutschland.

Zugleich hatte Löwenberg die Ergebnisse einer Umfrage parat. Demnach verlangt die überwältigende Mehrheit der Deutschen eine stärkere Besteuerung von Reichtum. „Das will übrigens auch die Mehrzahl der CDU-Anhänger“, so Löwenberg.

Dazu passt, dass das Bündnis derzeit Unterschriften für einen Antrag an den Lüdenscheider Stadtrat sammelt. Der soll sich „eindringlich für die Einführung einer Vermögenssteuer aussprechen.“ Dazu DGB-Mann Jochen Marquardt: „Auch wenn nicht vor Ort über die Vermögenssteuer entschieden wird – wir müssen Druck machen.“



Horst Löwenberg referierte.

Rund 25 Bündnis-Vertreter waren im Nattenberg-Restaurant erschienen. ■ Fotos: Schmidt